Schluß mit dem Bischofskrieg!

Einheitsfront im Rheinland — Ostpreussen gespalten — Wie lange noch?

Es ist immer noch nicht abzusehen, wie lange der Bischofskrieg dauern soll. Die Prognosen über den Ausgang des Kampfes stehen noch schroff einander gegenüber. Man versucht, Bodelschwingh unter so starkem Druck zu setzen, daß er freiwillig zurücktritt. Aber an einen Rücktritt ist nicht zu denken. Eine andere Version lautet, Bodelschwingh solle als kommissarischer Reichsbischof die Reform zusammen mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, durchführen; die eigentliche Bischofswahl solle dann auf Grund der neuen Kirchenverfassung erfolgen. Diese „Vereinbarung“, wenn eine solche überhaupt nötig ist, scheint schon sinnvoller und der Lage der Kirche entsprechender zu sein als ein dritter Vorschlag, der alle Mängel eines Kompromisses an sich trägt und zu einer inneren Spaltung der Kirche führen kann: Müller solle neben Bodelschwingh sozusagen der Generalfeldpropst für das Heer, für alle Wehrverbände, den Arbeitsdienst und die Jugendverbände sein, so daß wir einen Bischof für die bürgerliche Gemeinde und einen anderen für die marschierende Gemeinde hätten.

Jedoch, Frankreich wird sich nicht billig verkaufen. Mussolini wird vielmehr mit weiteren langwierigen Verhandlungen über die Flottenfrage zu rechnen haben, die sich noch komplizieren werden, wenn die zwischen beiden Ländern schwebende Kolonial- und Mandatsdiskussion konkretere Formen annehmen wird. Obwohl man heute nicht mehr mit einem Werben Frankreichs um Italien zu rechnen hat, obwohl die Situation fast umgekehrt ist wie im vorigen Oktober, hat Italien doch seine ganze Position gegenüber Frankreich praktisch und moralisch wesentlich gestärkt. Ob und in welcher Form definitive Ergebnisse dieser Annäherung entspringen werden, bleibt allerdings eine Frage des Tempos der Verhandlungen. Erfahrungsgemäß werden Verhandlungen mit Frankreich immer schwieriger, je länger sie dauern. Wenn Mussolini den ihm vorschwebenden Ausgleich erreichen will, muß er jedenfalls schnell handeln. Es ist interessant, daß der französische Ministerpräsident Daladier die von der römischen Diplomatie gewünschte Zusammenkunft mit dem Duce auf die Zeit nach der Ratifizierung des Vierpaktts verschoben hat — offensichtlich um Zeit zu gewinnen. Inzwischen sorgt der geschickte französische Botschafter in Rom, de Forvenel, für gutes Wetter, da natürlich auch Frankreich kein Interesse daran hat, daß sich die Stimmung in Italien schnell wieder abkühlt. Nur soll Mussolini das Eisen nicht schmieden können, solange es heiß ist! Man wird in diesem Zusammenhang auch sorgsam auf jene Gruppe jüngerer radikalistischer Politiker zu achten haben, die von dem Luftfahrtminister Pierre Cot geführt wird. Obwohl dem Faschismus für den Gebrauch im eigenen Lande abgeneigt, bestrebt sie seit langem ein Bündnis mit Italien, um Deutschland als Revisionsmacht zu isolieren. Nach unseren Informationen dient die Londoner Konferenz weiteren amtlichen Besprechungen zwischen beiden Mächten.

*

Die Mussolinirede gibt auch einen gewissen Aufschluß über die Politik Italiens in Mitteleuropa. Wir haben hier verschiedene Konzeptionen der römischen Diplomatie zu unterscheiden. Mussolini hat in seiner Rede ausdrücklich von den Staaten gesprochen, „mit denen Italien seit längeren Jahren eine Politik der aufrichtigen und geraden Freundschaft verfolgt“. Er nannte Desterreich und Ungarn, die Türkei und Griechenland. Kurz bevor die Vierpaktverhandlungen in das entscheidende Stadium eintraten, sandte Mussolini seinen Kabinettschef Aloisi nach Genf, um dort besondere Verhandlungen mit der Türkei, Griechenland und Bulgarien einzuleiten, an denen auch Ungarn und Desterreich beteiligt waren. Das Ziel der Besprechungen Aloisi ist zweifellos die Schaffung eines Blocs gewesen, der der Kleinen Entente die Waage halten sollte. Es scheint, als ob diese Blockverhandlungen vorläufig deshalb nicht weiter gediehen sind, weil Bulgarien auf die italienischen Vorschläge nicht einging. Es ist sehr auffällig, daß Mussolini in seiner Rede von Bulgarien kein Wort gesprochen hat, obwohl die bulgarische Königin eine Tochter des italienischen Königs ist und obwohl Rom seit

Es ist immer noch nicht abzusehen, wie lange der Bischofskrieg dauern soll. Die Prognosen über den Ausgang des Kampfes stehen noch schroff einander gegenüber. Man versucht, Bodelschwingh unter so starkem Druck zu setzen, daß er freiwillig zurücktritt. Aber an einen Rücktritt ist nicht zu denken. Eine andere Version lautet, Bodelschwingh solle als kommissarischer Reichsbischof die Reform zusammen mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, durchführen; die eigentliche Bischofswahl solle dann auf Grund der neuen Kirchenverfassung erfolgen. Diese „Vereinbarung“, wenn eine solche überhaupt nötig ist, scheint schon sinnvoller und der Lage der Kirche entsprechender zu sein als ein dritter Vorschlag, der alle Mängel eines Kompromisses an sich trägt und zu einer inneren Spaltung der Kirche führen kann: Müller solle neben Bodelschwingh sozusagen der Generalfeldpropst für das Heer, für alle Wehrverbände, den Arbeitsdienst und die Jugendverbände sein, so daß wir einen Bischof für die bürgerliche Gemeinde und einen anderen für die marschierende Gemeinde hätten.

Inzwischen geht leider der Papierkrieg der „Fronten“, der Rechtsstreit, der Eifer der Theologen und der Aufmarsch der Kirchenwölfer zu Massenprotestationen immer weiter und macht aus der evangelischen Kirche, die eine Stätte anspruchslosen Dienstes an der Welt sein soll, eine Stätte der Verwirrung.

Aus dem Rheinland, dessen Stimme viel bedeutet, wird uns geschrieben:

Unter dem Druck der kirchlichen Kämpfe haben sich untere, reformierte und lutherische Theologen und Gemeindeglieder Rheinlands zu einer kirchlichen Einheitsfront zusammengeschlossen. Entscheidende Grundhaltung für ihr Vorgehen ist, die kirchliche Neugestaltung nur vom Gedanken der Kirche aus und auf kirchlich-legalem Wege durchführen zu lassen ohne Störung durch fremde Einflüsse politischer Gewalten. In dem Programm heißt es u. a.:

Wir treten für D. von Bodelschwingh als den erwählten Reichsbischof der Gesamtkirche ein, weil er von der Kirche berufen ist und weil seine Person unser Vertrauen hat. Wir müssen uns mit seinem Bischofstitel vorerst abfinden, lehnen aber das Bischofsamt (Träger des Lehramts mit richterlichen Befugnissen usw.) nach wie vor ab. Wir sehen in Bodelschwingh den Beauftragten des Kirchenbundes, den Aufbau einer Deutschen Evangelischen Kirche ins Werk zu setzen und später die evangelische Kirche nach außen hin zu vertreten und die Geschäfte des geistlichen Ministeriums zu leiten.

Wir treten ein für eine gereinigte presbyterial-synodale Ord-

nung und verwerfen jegliche kirchliche Diktatur als dem Worte Gottes widersprechend.

Wir verlangen eine legale Erledigung der Verfassungsvorlagen und behalten uns vor, Rechtsverwahrung einzulegen, gegebenenfalls auch gegen Beschlüsse von Synoden, wenn ihre Zusammenfassung und Willensbildung durch kirchenfremde, z. B. politische Einwirkungen verfälscht worden ist. Wir lehnen kirchliche Urwahlen zur Erledigung dieser Vorlagen ab.

Wir wollen, daß unsere rheinisch-westfälische Kirche als selbständiges Glied mit anderen Kirchenprovinzen und Kirchen die eine Deutsche Evangelische Kirche bildet. Wir erblicken im Locumer Pakt eine geeignete Verhandlungsgrundlage, an der festzuhalten ist. Wir verwahren uns gegen jede hierarchische oder staatskirchliche Ausdeutung des Paktes.

Wir sind für eine sorgfältigere Wahrung des Bekenntnisstandes in der Union. Wir lehnen aber die konfessionelle Aufspaltung unserer rheinisch-westfälischen Kirche in getrennte Synoden ab.

Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren. Die Erklärungen zum Beitritt und zur Mitarbeit sind zu richten an Pfarrer Wilh. Kunze, M.-Gladbach, Kaiserstraße 168, oder Pfarrer Friedrich Graeber, Essen, Schlegelstraße 241, oder Pfarrer Lic. Dr. Bedmann an n, Düsseldorf, Kopernikusstraße 9c.

Während das Rheinland sich zusammenschließt, bricht Ostpreußen auseinander. Nachdem Lic. Vogel sang, Obmann der „Deutschen Christen“ in Ostpreußen, es verstanden hatte, schon am 17. Mai 40 ostpreussische Pfarrer durch die Meldung: Müller wird Reichsbischof, zum Gehorsam gegen den künftigen Reichsbischof zu verpflichten und eine „Einheitsfront“ der ostpreussischen Kirche glaubhaft zu machen (vergl. Tägliche Rundschau vom 23. Mai), ist inzwischen diese künstliche Front zusammengebrochen. Kirchenpolitik und Richtlinien vermögen nicht, Kirche zu bauen.

In einem Aufruf ostpreussischer Pfarrer heißt es daher: Die Behauptung, diese Wahl sei aus rechtlichen Gründen anzufechten, ist durch die amtlichen Erklärungen der kirchlichen Bevollmächtigten widerlegt. In der gegenwärtigen Stunde durch Protest gegen den rechtmäßig bestimmten Reichsbischof Streit und Zwispalt in Kirche und Volk zu tragen, können wir nicht verantworten.

Bodelschwinghs Name bürgt uns für eine Erneuerung unserer Kirche im Glaubenstrost unseres Luther und im Liebesfeuer Wicherns.

Bodelschwinghs Name bürgt uns für eine Reinigung unserer Kirche von kirchlicher Reaktion und Rückständigkeit.

Bodelschwinghs Name bürgt uns für eine feste, heiße Verbundenheit unserer Kirche mit unserem deutschen Volk und dem neuen Staat unseres Reichskanzlers Adolf Hitler.

Bodelschwinghs Name bürgt uns für ein rechtes Zusammenstehen in allen ehrlichen Volks- und Glaubensgenossen über die Grenzen hinaus.

Der Aufruf ist unterzeichnet von D. Besch-Carlshof, Pfarrer Beckmann-Königsberg, Lic. Braun-Damgarben, Pfarrer Brunau-Königsberg, Lic. Zwandt-Königsberg, Pfarrer Ellinger-Heinrichswalde, Pfarrer v. Groot-Zinten, Pfarrer Grunwald-Schönfließ, Pfarrer Gubbas-Lindenau, Pfarrer Knecher-Löben, Pfarrer Konitz-Königsberg, Superintendent Schmidt-Königsberg, Prof. D. Schniewind-Königsberg, sowie von 130 ostpreussischen Pfarrern.

Wir vermischen auch an diesem Aufruf die Bemerkung, einen ehrlichen Ausweg aus der verfahrenen kirchlichen Lage zu zeigen. Durch das Begegnen der Erklärungen ist nichts gewonnen. Man sollte nicht vergessen, daß alle die Menschen, die bereits auf dem Wege zur Kirche waren, sich mit Schaudern abwenden vor diesem Gemisch aus falsch verstandenen christlichen Ansprüchen und einer allzumenschlichen Ratlosigkeit, aus welchem viele nicht mehr erkennen können, daß es eigentlich um den evangelischen Glauben

Politische Tagesnachrichten

Reichswehr nimmt am „Fest der Jugend“ teil

Der Reichswehrminister hat am 14. Juni eine Verordnung erlassen, nach der sich die Reichswehr ebenfalls am „Fest der Jugend“ beteiligt. Die Standortstützpunkte sind angewiesen, die Beteiligung der Wehrmacht in geeigneter Form durchzuführen.

Neef Führer des Beamtenbundes

Der bisherige stellvertretende Reichskommissar für die Beamtenorganisationen, Neef, ist an Stelle Sprengers zum Führer des Deutschen Beamtenbundes bestellt worden. Reichsstatthalter Sprenger hat auf Wunsch Neefs die Ehrenpräsidentschaft des Führerrats des Deutschen Beamtenbundes übernommen.

Zentrum ohne „Germania“

Umwandlungen bei dem bisherigen Berliner Zentrumsorgan „Germania“ haben zu einer Neuorganisation der Hauptredaktion durch einen Vertrauensmann Papens und zu Neuwahlen im Aufsichtsrat geführt. Der Aufsichtsrat hat die Leitung des

Politische Tagesnachrichten

Reichswehr nimmt am „Fest der Jugend“ teil

Der Reichswehrminister hat am 14. Juni eine Verordnung erlassen, nach der sich die Reichswehr ebenfalls am „Fest der Jugend“ beteiligt. Die Standortältesten sind angewiesen, die Beteiligung der Wehrmacht in geeigneter Form durchzuführen.

Reef Führer des Beamtenbundes

Der bisherige stellvertretende Reichskommissar für die Beamten-Organisationen, Reef, ist an Stelle Sprengers zum Führer des Deutschen Beamtenbundes bestellt worden. Reichsstatthalter Sprenger hat auf Wunsch Reefs die Ehrenpräsidentenschaft des Führerrats des Deutschen Beamtenbundes übernommen.

Zentrum ohne „Germania“

Umwandlungen bei dem bisherigen Berliner Zentrumsorgan „Germania“ haben zu einer Neubestellung der Hauptschriftleitung durch einen Vertrauensmann Papens und zu Neuwahlen im Aufsichtsrat geführt. Damit wird das Blatt der Einflussnahme des Zentrums ab 1. Juli entzogen; die Umstellung erfolgt im Sinne des Vizekanzlers von Papen als katholisch-konservatives Blatt.

Höflichkeitsbesuch des ungarischen Ministerpräsidenten

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös ist aus Budapest mit direktem Flugzeug in Berlin angekommen. Der ungarische Ministerpräsident machte im Laufe des Samstags dem Reichskanzler Adolf Hitler einen Höflichkeitsbesuch.

gen Freundschaftsvertrag abzuschließen. In einem Artikel im „Temps“ wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, ohne daß gleichzeitig Widerspruch erhoben worden wäre. Man vergleiche damit die Haltung Herriots und Paul-Boncourts im Dezember und Januar, die damals in Bukarest mitteilen ließen, daß eine definitive Verlängerung des Vertrages mit Italien als Bruch des französisch-rumänischen Bündnisses angesehen werden würde!

Ferner konzentriert sich das römische Interesse vielleicht noch stärker als bisher auf Oesterreich und Ungarn. Es ist in Prag und Paris nicht unbemerkt geblieben, daß in der italienischen Wiedergabe der Mussolini-rede nicht von Oesterreich „und“ Ungarn, sondern von „Oesterreich-Ungarn“ die Rede war. Dieser ganze Fragenkomplex steht zur Zeit für den Palazzo Chigi stark unter dem Aspekt des Kampfes der deutsch-österreichischen Nationalsozialisten gegen die legitimistische Reaktion. Mussolini hat durch seinen zweimaligen feierlichen Empfang von Dollfuß und durch die Staatszeremonien, die diese Empfänge beide Male umrahmten, bewiesen, daß Italien noch an seiner Oesterreichpolitik vom Jahre 1922 festhält. Hat doch Rom dem damaligen Bundeskanzler Seipel bei den Verhandlungen in Mailand und Venedig den Plan einer italienisch-österreichischen *Polunio*n vorgeschlagen. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form Italien auch den Viermächtepakt in der österreichischen Frage als Positivum für sich einzusetzen gedenkt. Zur Zeit erleben jedenfalls die österreichischen Nationalsozialisten sehr kontret das Schauspiel, daß die Boten Italiens und Frankreichs in Wien zum ersten Male seit 1918 einträchtig zusammenarbeiten. Bereits erklären französische Blätter anlässlich des Besuchs von Dollfuß in Paris, daß der Kampf der Christlichsozialen um die „Unabhängigkeit“ Oesterreichs die politische Unterstützung von drei Unterzeichnern des Vierpaktts finden würde. Obwohl wir hoffen, daß es sich hierbei nur um unverantwortliche französische Blätterstimmen handelt, zeugt die Tatsache, daß der führende Feind Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus, Fürst Starbamberg, für seine Heimatwehzeitungen hohe monatliche Unterstützungen (man

unserer Kirche von trügerischer Reaktion und Anarchismus).

Do e l s c h w i n g h s N a m e bürgt uns für eine feste, heiße Verbundenheit unserer Kirche mit unserem deutschen Volk und dem neuen Staat unseres Reichskanzlers Adolf Hitler.

Do e l s c h w i n g h s N a m e bürgt uns für ein rechtes Zusammenstehen in allen ehrlichen Volks- und Glaubensgenossen über die Grenzen hinaus.

Der Aufruf ist unterzeichnet von D. Besch-Carlshof, Pfarrer Beckmann-Königsberg, Lic. Braun-Samgarben, Pfarrer Brunau-Königsberg, Lic. Zwandt-Königsberg, Pfarrer Ellinger-Heinrichswalde, Pfarrer v. Groot-Zinten, Pfarrer Grünwald-Schönklee, Pfarrer Gudas-Lindenau, Pfarrer Kuehner-Löben, Pfarrer Lentisch-Königsberg, Superintendent Schmidt-Königsberg, Prof. D. Schiemind-Königsberg, sowie von 130 ostpreussischen Pfarrern.

Wir vermessen auch an diesem Aufruf die Bemühung, einen ehrlichen Ausweg aus der verfahrenen kirchlichen Lage zu zeigen. Durch das Gegeneinander der Erklärungen ist nichts gewonnen. Man sollte nicht vergessen, daß alle die Menschen, die bereits auf dem Wege zur Kirche waren, sich mit Schandern abwenden vor diesem Gemisch aus falsch verstandenen christlichen Ansprüchen und einer allzumenschlichen Realisiertheit, aus welchem viele nicht mehr erkennen können, daß es eigentlich um den ewangelischen Glauben geht. Es wäre daher zu wünschen, daß alle Beteiligten an die Arbeit gehen und durch lebendiges Zeugnis für das Evangelium Menschen, die des Glaubens bedürfen, wieder zum Glauben führen. Es geht um Menschen, nicht um die Kirche. Es geht um die Gottlosen und Armen, nicht aber um die Garantierung religiöser Besitztümer oder die Durchsetzung religiöser Ansprüche. Schluss mit dem Bischofskrieg! Jeder gehe auf den Posten, der ihm gegeben ist und diene Gott und seinem Nächsten.

spricht von 300 000 Schilling) aus Italien erhält, dafür, daß die Tendenzen der römischen Politik in dieser Hinsicht widersprechend sind.

Welche Endkonzeption die römische Diplomatie in der österreichischen Frage verfolgt, ist schwer zu übersehen. Während auf der einen Seite deutlich für eine Vereinigung von Ungarn und Oesterreich plädiert wird, muß man auf der anderen Seite mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös rechnen, der sich erst vor wenigen Tagen auf das Schärfste gegen jede Restauration der Habsburger gewandt hat.

Inzwischen wird es die Aufgabe unserer nationalsozialistischen Brüder in Oesterreich sein, zu zeigen, daß es sich heute gar nicht um die Anschlussfrage als solche handelt, sondern um die Beseitigung einer Schicht, die von Tag zu Tag unverhüllten Hochverrat an ihrem Volkstum begeht und Deutschösterreich zur Hure Europas machen will.

★

Die Rede Mussolinis enthielt schließlich einen sehr freundschaftlichen Hinweis auf die Sowjetunion, mit der Italien ebenfalls in den letzten Wochen in ein intensives Gespräch eingetreten ist. Das bereits unterzeichnete Handelsabkommen zwischen beiden Ländern dürfte wohl demnächst durch einen umfassenden politischen Vertrag ausgebaut und ergänzt werden. Die besonders freundschaftliche Entwicklung der italienisch-russischen Beziehungen baut auf der Polarität der beiderseitigen Volkssysteme auf. Sie zeigt, daß Mussolini die Einfügung Italiens in die Welt der Großmächte mit einer so umfassenden Uebersicht über die vollen Kräfte begonnen hat, daß man nur mit größtem Respekt das Wert dieses italienischen Patrioten in seinen feinen Gliederungen und seinen durchdachten Einzelheiten enträtseln kann. Der „Heilige Egoismus“ des neuen Rom hat sich durch die Gestalt Mussolinis zu einer Art Weltgeltung gesteigert — und gerade darin beruht die Vollendung der Staatskunst, daß es gelingt, die Umwelt davon zu überzeugen, daß der „sacro egoismo“ eines Volkes auch den anderen Völkern den größten Nutzen bringt.

Die Mussolinirede gibt auch einen gewissen Aufschluß über die Politik Italiens in Zwi schen europa. Wir haben hier verschiedene Konzeptionen der römischen Diplomatie zu unterscheiden. Mussolini hat in seiner Rede ausdrücklich von den Staaten gesprochen, „mit denen Italien seit längeren Jahren eine Politik der aufrichtigen und geraden Freundschaft verfolgt“. Er nannte Oesterreich und Ungarn, die Türkei und Griechenland. Kurz bevor die Vierpaktverhandlungen in das entscheidende Stadium eintraten, sandte Mussolini seinen Kabinettschef Aloisi nach Genf, um dort besondere Verhandlungen mit der Türkei, Griechenland und Bulgarien einzuleiten, an denen auch Ungarn und Oesterreich beteiligt waren. Das Ziel der Besprechungen Aloisis ist zweifellos die Schaffung eines *Block*es gewesen, der der Kleinen Entente die Waage halten sollte. Es scheint, als ob diese Blockverhandlungen vorläufig deshalb nicht weiter gediehen sind, weil Bulgarien auf die italienischen Vorschläge nicht einging. Es ist sehr auffällig, daß Mussolini in seiner Rede von Bulgarien kein Wort gesprochen hat, obwohl die bulgarische Königin eine Tochter des italienischen Königs ist und obwohl Rom seit vielen Jahren auf die Verstärkung seines Einflusses in Sofia größten Wert legt. Es scheint, als hätten hier die latenten bulgarisch-griechischen Spannungen einen Strich durch die Rechnungen des Duce gemacht. Trotzdem wird man in Rom die Idee eines Gegenblocks zur Kleinen Entente nicht aufgeben.

Es fragt sich allerdings, wie in Zukunft das Verhältnis Italiens zur Kleinen Entente selbst sich gestalten wird. Kurz nach der Schaffung des neuen Organisationsstatus der drei Staaten in Genf hat Mussolini persönlich einen sehr siffigen Artikel veröffentlicht. Für Italien bedeutete es eine Schlappe, daß Benesch Rumänien und Jugoslawien so eng mit der Tschechoslowakei zusammenknüpfen konnte, daß die Kleine Entente heute völkerrechtlich fast einem Staatenbund mit demokratischer Spitze (dem Kollegium der drei Außenminister) ähnlich ist. Benesch konnte seine Konzeption durchsetzen, obwohl die sehr auf die Spitze getriebenen Streitfragen zwischen Südslawien und Italien um die Jahreswende beinahe durch eine persönliche Zusammenkunft von Mussolini und König Alexander gütlich gelöst worden wären. Auch in Bukarest hat die römische Diplomatie vor einem halben Jahr alles aufgebieten, um Beneschs Plan zu hintertreiben. Es gibt Anzeichen dafür, daß Mussolini auch hier eine taktische Schwendung vorbereitet, die ihm trotz der Neuorganisation der Kleinen Entente eine Einflussnahme auf Rumänien und Jugoslawien gestattet. Die Turiner Stampa, ein Sprachrohr des italienischen Außenministeriums, schrieb nach der Paraphierung des Paktes:

„Die Situation der Staaten der Kleinen Entente hat oft sehr unglücklich die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich beeinflusst. Heute ist eine bessere Atmosphäre für die Lösung der italienisch-französischen Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Hierdurch kann man auch zu einer Besserung der Beziehungen zwischen Italien und der Kleinen Entente kommen.“

Italien wird allerdings nicht mit der Kleinen Entente als geschlossene Gruppe verhandeln, sondern es wird den nächsten Anlaß abwarten, um von neuem wenigstens einen Staat enger an sich zu binden. Dieser Anlaß ist bereits aktuell. Zwischen Italien und Rumänien ist im Januar 1927 ein umfassender fünfjähriger Freundschaftsvertrag geschlossen worden, der 1932 auf ein Jahr verlängert wurde. Im Januar 1933 kamen die beiden Staaten durch die Intrigen Beneschs und den bereits vorbereiteten neuen Organisationsentwurf der Kleinen Entente nur zu einer Verlängerung des Vertrages auf sechs Monate. Am 18. Juli läuft diese letzte italienisch-rumänische Vereinbarung ab. Italien wird jetzt zweifellos versuchen, unter der Ausnutzung des Mussolinipaktes mit Rumänien einen langfristli-